

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 2

München, den 29. Februar

1964

Datum	Inhalt	Seite
24. 2. 1964	Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Regelung des kulturtechnischen Dienstes	15
24. 2. 1964	Gesetz über die Eingliederung der Gemeinde Adertshausen und des Marktes Hohenburg aus dem Amtsgerichtsbezirk Parsberg in den Amtsgerichtsbezirk Amberg	15
19. 2. 1964	Verordnung über den Unterhaltszuschuß für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst für den Aufsichts- und Werkdienst bei den Justizvollzugsanstalten	15
20. 1. 1964	Verordnung über die Aufhebung der Verordnung über die Errichtung einer Kommission für bayerische Landesgeschichte	16
24. 1. 1964	Verordnung zur Durchführung der Verordnung über Ausnahmen vom Verbot der Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen in der Eisen- und Stahlindustrie . .	16
29. 1. 1964	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Bayerischen Besoldungsgesetzes im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus	16
4. 2. 1964	9. Verordnung zu Art. 7 des Kostengesetzes	16
4. 2. 1964	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Entschädigung der Leichenschauer	17
17. 2. 1964	Verordnung zur Aufhebung der Dienstanweisung für die Leichenschauer	17
21. 2. 1964	Landesverordnung zur Änderung der Verordnung über die Abgabe verschreibungspflichtiger Arzneimittel	18
25. 2. 1964	Verordnung zur Änderung der Verordnung über eine Umlage für Milch	18

Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Regelung des kulturtechnischen Dienstes

Vom 24. Februar 1964

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

Art. 1

In § 15 der Verordnung über die Regelung des kulturtechnischen Dienstes vom 21. Dezember 1908 (BayBS II S. 570) werden in Absatz 1 Satz 1 die Worte „von den Bezirken“ durch die Worte „ab 1. Januar 1964 vom Staat“ ersetzt; Absatz 2 wird gestrichen.

Art. 2

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1964 in Kraft.

München, den 24. Februar 1964

Der Bayerische Ministerpräsident
Goppel

Gesetz über die Umgliederung der Gemeinde Adertshausen und des Marktes Hohenburg aus dem Amtsgerichtsbezirk Parsberg in den Amtsgerichtsbezirk Amberg

Vom 24. Februar 1964

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1

In der Anlage zu Art. 7 des Gesetzes über die Bestimmung der Sitze der ordentlichen Gerichte und die Einteilung der Gerichtsbezirke vom 17. November 1956 (BayBS III S. 7) werden

1. beim Amtsgerichtsbezirk Parsberg unter a) die Worte „Adertshausen“ und „Hohenburg“ gestrichen und
2. beim Amtsgerichtsbezirk Amberg unter b) die Worte „Adertshausen“ vor Allersberg und „Hohenburg“ vor Hohenkernath eingefügt.

§ 2

Das Gesetz tritt am 1. April 1964 in Kraft.

München, den 24. Februar 1964

Der Bayerische Ministerpräsident
Goppel

Verordnung über den Unterhaltszuschuß für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst für den Aufsichts- und Werkdienst bei den Justizvollzugsanstalten

Vom 19. Februar 1964

Auf Grund des Art. 97 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) in der Fassung vom 30. Oktober 1962 (GVBl. S. 291) erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Die Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst für den Aufsichts- und Werkdienst bei den Justizvollzugsanstalten (Art. 6 Abs. 1 Nr. 4 Buchst. a BayBG) erhalten einen Unterhaltszuschuß nach den folgenden Vorschriften.

§ 2

Zum Unterhaltszuschuß gehören der Grundbetrag, der Verheiratenzuschlag und der Kinderzuschlag nach den für Beamte mit Dienstbezügen geltenden Vorschriften des Bayerischen Besoldungsgesetzes (BayBesG). Die Art. 23 und 24 BayBesG sind entsprechend anzuwenden.

§ 3

Der Grundbetrag beträgt monatlich 365 DM, der Verheiratenzuschlag monatlich 84 DM.

§ 4

Die Vorschriften der §§ 3 bis 6, des § 8 Abs. 1 bis 3 und 5 sowie der §§ 11 bis 13 der Verordnung über den Unterhaltszuschuß für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst vom 17. Oktober 1963 (GVBl. S. 194) gelten entsprechend.

§ 5

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1964 in Kraft.

(2) Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Verordnung über den Unterhaltszuschuß für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst für den Aufsichts- und Werkdienst vom 7. März 1961 (GVBl. S. 88) in der Fassung der Verordnungen vom 11. April 1961 (GVBl. S. 121) und vom 27. Mai 1963 (GVBl. S. 123) mit der Maßgabe außer Kraft, daß für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1963 bereits die in § 3 bestimmten neuen Sätze gelten.

München, den 19. Februar 1964

Der Bayerische Ministerpräsident
Goppel

Verordnung über die Aufhebung der Verordnung über die Errichtung einer Kommission für bayerische Landesgeschichte

Vom 20. Januar 1964

Auf Grund der Verordnung über die Einrichtung der staatlichen Behörden vom 31. März 1954 (BayBS I S. 37) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus im Einvernehmen mit der Bayerischen Staatskanzlei und den Bayerischen Staatsministerien der Justiz, des Innern, der Finanzen, für Arbeit und soziale Fürsorge, für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und für Wirtschaft und Verkehr folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Errichtung einer Kommission für bayerische Landesgeschichte vom 31. Mai 1927 (BayBS II S. 624) wird aufgehoben.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Februar 1964 in Kraft.

München, den 20. Januar 1964

Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus
Prof. Dr. Maunz, Staatsminister

Verordnung zur Durchführung der Verordnung über Aus- nahmen vom Verbot der Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen in der Eisen- und Stahlindustrie

Vom 24. Januar 1964

Auf Grund des § 52 Abs. 3 der Verordnung, den Vollzug der Reichs-Gewerbeordnung betreffend, vom 29. März 1892 (BayBS IV S. 9) in Verbindung mit §§ 9 Nr. 11 und 10 der Verordnung über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung vom 19. Dezember 1956 (BayBS I S. 19) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge folgende Verordnung:

§ 1

Zuständige Behörde im Sinne der §§ 7 Abs. 1 und 7a Abs. 2 der Verordnung über Ausnahmen vom Verbot der Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen in der Eisen- und Stahlindustrie vom 7. Juli 1961 (BGBl. I S. 900) in der Fassung der Verordnung vom 5. November 1963 (BGBl. I S. 780) ist das Gewerbeaufsichtsamt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. März 1964 in Kraft. Mit dem gleichen Tag tritt die Verordnung zur Durchführung der Verordnung über Ausnahmen vom Verbot der Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen in der Eisen- und Stahlindustrie vom 14. August 1961 (GVBl. S. 214) außer Kraft.

München, den 24. Januar 1964

Bayerisches Staatsministerium
für Arbeit und soziale Fürsorge
Paul Strenkert, Staatsminister

Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchfüh- rung des Bayerischen Besoldungsgesetzes im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsmini- steriums für Unterricht und Kultus

Vom 29. Januar 1964

Auf Grund des Art. 4 Abs. 1 Satz 2 und des Art. 37 Satz 2 des Bayerischen Besoldungsgesetzes vom 14. Juni 1958 (GVBl. S. 101) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

§ 1

In der Verordnung zur Durchführung des Bayerischen Besoldungsgesetzes im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 27. Oktober 1958 (GVBl. S. 318) in der Fassung der Verordnung vom 7. Februar 1963 (GVBl. S. 33) werden in § 1 Ziff. 1 die Worte „für die außerplanmäßigen Professoren, die Privatdozenten und die wissenschaftlichen Assistenten ihres Dienstbereiches“ gestrichen und dafür die Worte „für die Beamten ihres Dienstbereiches“ eingefügt.

§ 2

Die Verordnung tritt am 1. März 1964 in Kraft.

München, den 29. Januar 1964

Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus
Prof. Dr. Maunz, Staatsminister

9. Verordnung zu Art. 7 des Kostengesetzes

Vom 4. Februar 1964

Auf Grund des Art. 7 des Kostengesetzes (KG) vom 17. Dezember 1956 (BayBS III S. 442) erläßt das Bayerische Staatsministerium der Finanzen im Benehmen mit den Bayerischen Staatsministerien für Arbeit und soziale Fürsorge und des Innern folgende Verordnung:

§ 1

Kosten (Gebühren und Auslagen) werden nicht erhoben

1. für Amtshandlungen (einschließlich Widerspruchsentscheidungen) im Vollzug der §§ 25 bis 27e des Gesetzes über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz) i. d. F. vom 27. Juni 1960 (BGBl. I S. 453),

2. für Amtshandlungen (einschließlich Widerspruchsentscheidungen) im Verfahren über die Erteilung von Ausweisen und Bescheinigungen, die dem Nachweis der Berechtigung zur Inanspruchnahme der für Beschädigte vorgesehenen Vergünstigungen dienen,
3. für Amtshandlungen (einschließlich Widerspruchsentscheidungen) im Vollzug des Gesetzes über die Erstattung der Kosten des Schwerbeschädigtenurlaubs vom 18. Mai 1951 (BayBS II S. 11),
4. für Amtshandlungen (einschließlich Widerspruchsentscheidungen) im Vollzug des Gesetzes für Jugendwohlfahrt vom 11. August 1961 (BGBl. I S. 1206) und des Gesetzes zur Ausführung des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt (Jugendamtsgesetz) vom 20. Juli 1925 (BayBS II S. 14); dies gilt nicht für die Untersagung des Betriebs einer Einrichtung nach § 78 Abs. 7 und für den Widerruf (einschließlich Widerspruchsentscheidung) von Befreiungen nach § 79 Abs. 2 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt.
5. für Widerspruchsentscheidungen im Vollzug des Gesetzes über die Sicherung des Unterhalts der zum Wehrdienst einberufenen Wehrpflichtigen und ihrer Angehörigen (Unterhaltssicherungsgesetz — USG) i. d. F. vom 31. Mai 1961 (BGBl. I S. 661, ber. S. 1079),
6. für Widerspruchsentscheidungen im Vollzug des Gesetzes über Wohnbeihilfen vom 29. Juli 1963 (BGBl. I S. 508), des Gesetzes über die Gewährung von Miet- und Lastenbeihilfen vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 389/399) und des § 73 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes i. d. F. vom 1. August 1961 (BGBl. I S. 1122),
7. für Amtshandlungen (einschließlich Widerspruchsentscheidungen) im Vollzug des § 10 Abs. 4 des Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für Personen, die aus politischen Gründen in Gebieten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und Berlins (West) in Gewahrsam genommen wurden (Häftlingshilfegesetz — HHG) i. d. F. vom 25. Juli 1960 (BGBl. I S. 579),
8. für Niederschriften und Beglaubigungen eidesstattlicher Erklärungen nach Art. 4 Abs. 2 des Gesetzes zur Überleitung von Zuständigkeiten auf das Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge vom 4. Mai 1955 (BayBS IV S. 770),
9. für Amtshandlungen (einschließlich Widerspruchsentscheidungen) im Vollzug des Ersten Abschnitts des Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz — BVFG) i. d. F. vom 23. Oktober 1961 (BGBl. I S. 1883); dies gilt nicht für Widerspruchsentscheidungen über die Beendigung der Inanspruchnahme von Rechten und Vergünstigungen nach § 13 des Bundesvertriebenengesetzes,
10. für die Erteilung von Zuzugsgenehmigungen auf Grund des § 94 des Bundesvertriebenengesetzes.

Bei den in den Nummern 1 bis 10 aufgeführten Gesetzen ist die jeweils geltende Fassung maßgebend.

§ 2

(1) § 1 Ziff. 1, 2 und 3 tritt am 1. Januar 1957, § 1 Ziff. 4 bis 10 am 1. März 1964 in Kraft.

(2) Die Verordnung zu Art. 7 des Kostengesetzes vom 30. September 1957 (GVBl. S. 307) und die 2. Verordnung zu Art. 7 des Kostengesetzes vom 23. Oktober 1957 (GVBl. S. 311) werden aufgehoben.

München, den 4. Februar 1964

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen
Dr. h. c. Rudolf E b e r h a r d, Staatsminister

Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Entschädigung der Leichenschauer

Vom 4. Februar 1964

Auf Grund des Art. 25 Abs. 1 Nr. 3 des Kostengesetzes vom 17. Dezember 1956 (BayBS III S. 442) erläßt das Bayerische Staatsministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Entschädigung der Leichenschauer vom 16. Mai 1958 (GVBl. S. 76) wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„Die Entschädigung beträgt
für die ärztliche Leichenschau 10 DM
für die Leichenschau in öffentlichen
Kranken-, Wohltätigkeits- und ähn-
lichen Anstalten durch Anstaltsärzte . . . 6 DM
für die nichtärztliche Leichenschau . . . 5 DM.“

2. § 3 erhält folgende Fassung:

„Für Wegestrecken innerhalb des Leichenschau-
bezirkes können
der ärztliche Leichenschauer —,60 DM
der nichtärztliche Leichenschauer . . . —,40 DM
für jeden Kilometer des Hin- und Rückweges be-
anspruchten (Wegegebühr). Die Entfernungen wer-
den zusammengezählt; ein in der Gesamtsumme
sich ergebender Bruchteil eines Kilometers wird
nicht gerechnet. Werden auf einem Wege Ver-
richtungen für mehrere Zahlungspflichtige aus-
geführt, so ist die Wegevergütung anteilmäßig zu
berechnen.“

3. § 4 wird gestrichen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. März 1964 in Kraft.

München, den 4. Februar 1964

Bayerisches Staatsministerium des Innern
J u n k e r, Staatsminister

Verordnung zur Aufhebung der Dienstanweisung für die Leichenschauer

Vom 17. Februar 1964

Auf Grund des Art. 61 Abs. 1 Nr. 3 des Polizei-
strafgesetzbuches vom 26. Dezember 1871 (BayBS I
S. 341) in Verbindung mit Art. 62 Abs. 1 Nr. 4 des
Landesstraf- und Verordnungsgesetzes vom 17. No-
vember 1956 (BayBS I S. 327) in der Fassung des
Gesetzes vom 22. Dezember 1960 (GVBl. S. 296) er-
läßt das Bayerische Staatsministerium des Innern
folgende Verordnung:

§ 1

Die Dienstanweisung für die Leichenschauer (An-
lage zur oberpolizeilichen Vorschrift über die
Leichenschau und die Zeit der Beerdigung vom
20. November 1885, BayBS II S. 134) wird auf-
gehoben.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. April 1964 in Kraft.

München, den 17. Februar 1964

Bayerisches Staatsministerium des Innern
J u n k e r, Staatsminister

Landesverordnung zur Änderung der Verordnung über die Abgabe verschreibungspflichtiger Arzneimittel

Vom 21. Februar 1964

Auf Grund des Art. 72 a des Polizeistrafbuchgesetzes vom 26. Dezember 1871 (BayBS I S. 341) in Verbindung mit Art. 76 Abs. 1 Ziff. 4 des Landesstraf- und Verordnungsgesetzes vom 17. November 1956 (BayBS I S. 327) in der Fassung vom 22. Dezember 1960 (GVBl. S. 296) und § 63 Abs. 8 des Arzneimittelgesetzes vom 16. Mai 1961 (BGBl. I S. 533) erläßt das Bayerische Staatsministerium des Innern folgende Verordnung:

§ 1

Die Anlage zur Landesverordnung über die Abgabe verschreibungspflichtiger Arzneimittel (Abgabeverordnung) vom 21. Juli 1961 (GVBl. S. 194), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 12. Juli 1963 (GVBl. S. 158), wird wie folgt geändert:

1) In der Buchstabenfolge werden eingefügt:

- Aurothioglukose
- Carbaminoyl-cholin-Salze (Carbachol)
- Chinidin und dessen Salze
- 4-Chlor-N-(2-furylmethyl)-5-sulfamoyl-anthranilsäure und deren Salze (Fursemid)
- Dimethylcarbaminoyl-3-oxypheyl-trimethylammonium-Salze (Neostigmin)
- Goldkeratinat
- Histamin und dessen Salze
- ausgenommen:
 - Zubereitungen zum oralen Gebrauch, die je Gramm nicht mehr als 0,4 mg Histaminsalz enthalten und tropfenweise eingenommen werden sollen
 - Zubereitungen zum äußeren Gebrauch —
- 3-(o-Methoxyphenoxy)-2-hydroxy-1-propylcarbammat (Methocarbamol)
- 1-Methyl-D-lysergsäure-(+)-butanol-(1)-amid-(2) und dessen Ester (Methysergid)
- 7-[2'-(1"-Methyl-2"-phenyl-aethylamino)-aethyl]-theophyllin und dessen Salze (7-Aethyltheophyllin-Amphetamin)
- 2-Phenylindandion-(1,3) (Phenindion)
- Podophyllin
- Podophyllinsäure, ihre Salze und Derivate und deren Salze (z. B. Podophyllinsäure-aethylhydrazid)
- Podophyllotoxin
- Podophylli, emodi Radix et Rhizoma
- Podophylli, peltati Radix et Rhizoma
- Podophyllum emodi — und peltatum — Glykoside und deren Derivate (z. B. Podophyllotoxin-β-D-benziliden-glukosid)
- (2,2,2-Trichlor-1-hydroxy-aethyl)-phosphonsäuredimethylester
 - die wiederholte Abgabe zum äußeren Gebrauch ist nur zulässig, wenn das auf der Verschreibung vermerkt ist —

2) Ferner wird eingefügt:

- bei „Benzilsäure-(2-dimethyl-aminoethyl)-ester und dessen Salze“
 - „— ausgenommen zum inneren Gebrauch, wenn der Gehalt in der Einzelgabe 1 Milligramm nicht übersteigt —“
- bei „1,2,4-Benzothiadiazin-3,4-dihydro-1,1-dioxyd-Abkömmlinge“
 - „3-(α-Methylbenzyl)-6-chlor-7-sulfamyl-3,4-dihydro-1,2,4-benzothiadiazin-1,1-dioxyd“
- bei „Hydantoin, dessen Salze und Abkömmlinge und deren Salze“
 - „— ausgenommen Allantoin und dessen Salze —“
- bei „Streptokinase“ nach dem Wort „buccalen“
 - „oder oralen“

3) Die bisherigen Positionen

- „Podophylli emodi — Glycoside und ihre Derivate...“
- bis „Podophyllotoxin und dessen Derivate...“ werden gestrichen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. März 1964 in Kraft. Sie gilt bis zum 31. Dezember 1964.

München, den 21. Februar 1964

Bayerisches Staatsministerium des Innern
Junker, Staatsminister

Verordnung zur Änderung der Verordnung über eine Umlage für Milch

Vom 25. Februar 1964

Auf Grund des § 22 Abs. 1 des Milch- und Fettgesetzes in der Fassung vom 10. Dezember 1952 (BGBl. I S. 811), zuletzt geändert durch das Vierte Änderungsgesetz vom 22. Juli 1963 (BGBl. I S. 411) in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Ziff. 1 der Verordnung über die Zuständigkeit zum Erlaß von Rechtsverordnungen für den Vollzug des Milch- und Fettgesetzes vom 13. Oktober 1960 (GVBl. S. 236) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Benehmen mit der Landesvereinigung der Bayerischen Milchwirtschaft folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über eine Umlage für Milch vom 24. September 1963 (GVBl. S. 192) wird wie folgt geändert:

In § 2 Abs. 1 Satz 1 wird die Zahl „0,45“ geändert in „0,5“.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. März 1964 in Kraft.

München, den 25. Februar 1964

**Bayerisches Staatsministerium
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**
Dr. Hundhammer, Staatsminister